

Köln Hauptbahnhof

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FlfF,

einige Tage nach Silvester 2015 eskalierten die Medienberichte. Was sich zunächst wie eine ganz normale Silvesternacht darstellte – eine erste Meldung der Polizei verlautete: „*Ausgelassene Feiern, Stimmung weitgehend friedlich*“ –, wurde zum Skandal und beherrschte tagelang die Schlagzeilen der Zeitungen, nicht nur in Deutschland. Die erste Einschätzung der Polizei stellte sich einige Tage später als Fehleinschätzung heraus, wie rund 1.000 Strafanzeigen wegen sexueller Übergriffe, Eigentums- und Körperverletzungsdelikten belegen. Offenbar ist die Situation am Kölner Hauptbahnhof eskaliert, war die Polizei weitgehend machtlos. Der Kölner Polizeipräsident musste als Folge der Ereignisse gar seinen Posten räumen.

Wie konnte es zu dieser Fehleinschätzung kommen? Falsch verstandene politische Korrektheit, sagen einige, und behaupten, die verharmlosende Veröffentlichung sei erfolgt, um die Täter, die sie in den Reihen ausländischer Mitbürger:innen und Geflüchteter vermuten, zu schützen. Oder war es vielleicht doch eine ganz „normale“ Silvesternacht und solche Übergriffe gab es auch schon in den Vorjahren – nur dass sie zuvor von der breiten Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen und von den Opfern nicht zur Anzeige gebracht wurden?

Eines ist klar: Sexuelle Übergriffe sind inakzeptabel, und wenn es sich dabei um Straftaten handelt, entsprechend zu ahnden. Egal, ob sie von Menschen aus Luxemburg, Syrien, Deutschland, Japan, den Niederlanden oder irgend einem anderen Staat begangen werden. Egal, ob die Täter:innen säkulare Humanist:innen, christlichen, muslimischen, hinduistischen, buddhistischen oder eines anderen Glaubens sind.

Die allzu einfache Erklärung für die Vorfälle in Köln (und, weniger beachtet, auch in anderen Großstädten) wurde dann schnell politisch ausgeschlachtet und in eine Kampagne gegen eine offene Flüchtlingspolitik umgemünzt. Die Folgen sind besorgniserregend: Es drängt sich der Eindruck auf, dass „Köln Hauptbahnhof“ eine Art Dammbreach markiert, dessen Folgen das Land nach rechts kippen lassen. Dies scheinen auch die Ergebnisse der letzten Wahlen in Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zu belegen. Die Ereignisse leisteten einem Rassismus vor allem in sozialen Netzwerken Vorschub, der in keiner Weise hinzunehmen ist. Die Anträge auf den kleinen Waffenschein und die Nachfrage nach Waffen wie Pfefferspray schnellten



Der Kölner Hauptbahnhof um 1900 – friedliche Zeiten?

nach oben. (Inwieweit die Medien aufgrund des in solchen Fällen inzwischen üblichen Stakkatos von Sensationsberichten, vor allem auf den Internet-Portalen, eine Mitverantwortung für die entstehende Stimmung trifft, mögen sie selbst beurteilen.)



Auch die gewohnten wohlfeilen politischen Reaktionen aus den etablierten Parteien geben wieder zur Sorge Anlass. Einmal mehr wurden Strafverschärfungen gefordert, schnellere Abschiebung „straffällig“ gewordener Asylbewerber. Die Beteuerung, dass die offensichtliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an den Taten aber nicht dazu führen dürfe, „dass nun Flüchtlinge gleich welcher Herkunft, die bei uns Schutz vor Verfolgung suchen, unter einen Generalverdacht gestellt werden“, wirkt dabei wie ein Lippenbekenntnis. So wenig Straftaten akzeptabel sind, so wenig kann es die Lösung sein, Menschen in ein Land abzuschieben, in dem ihnen Verfolgung und Tod drohen. Prävention und eine Stärkung des Rechtsstaats wurden gefordert – gerade letzteres eine Forderung, die man gerne auch aus diesen Kreisen hören würde, wenn wieder einmal Grundrechte in Deutschland und Europa abgebaut werden sollen. Es erscholl der Ruf nach Videoüberwachung – dumm nur, dass es am Kölner Hauptbahnhof bereits Videoüberwachung gibt, die Aufnahmen – aus der Ferne und bei Nacht – aber erwartungsgemäß weitgehend unbrauchbar waren.

Unsere Gesellschaft muss mit Ereignissen wie an Silvester am Kölner Hauptbahnhof angemessen umgehen. Das heißt, Schutz vor Übergriffen zu bieten und Straftäter mit den angemessenen Mitteln des Rechts zu verfolgen. Es heißt nicht, solche Ereignisse gegen Bevölkerungsgruppen und gegen die Grundrechte politisch zu instrumentalisieren.

Mehrere schreckliche Anschläge mit vielen Toten ereigneten sich in den letzten Tagen – in Brüssel, in Bagdad und in Lahore. Es ist wohl nachvollziehbar, dass uns die Ereignisse im nahen Belgien, in der Hauptstadt Europas, stärker berühren als die Ereignisse im (vergleichsweise) fernen Irak und in Pakistan, doch sollten wir bei der Trauer um die Opfer von Brüssel die Opfer von Bagdad und Lahore nicht vergessen.

Auch hier gab es die leider inzwischen gewohnten Reaktionen. Kirsten Fiedler, die als *Managing Director* von EDRi in Brüssel arbeitet, schreibt dazu:

Am Tag danach stellt sich langsam die Frage, wie die Politik antworten wird. Denn seit 9/11 gibt es nach jedem Anschlag dasselbe erbärmliche Ritual: Es wird danach gerufen, Sicherheitsmaßnahmen maßlos aufzurüsten.

(netzpolitik.org, 23. März 2016)

Die Aufzählung der Details spare ich mir hier; es sei empfohlen, den vollständigen Beitrag auf netzpolitik.org zu lesen. Genauso wie in Köln gilt: Unsere Gesellschaft muss mit solchen Ereignissen angemessen umgehen. Dieser Tage ist wieder häufig vom „An-

griff auf unsere Freiheit und unsere westlichen Werte“ die Rede – vielleicht lohnt es, auch einmal die Perspektive eines Drohnenopfers in Pakistan auf die westlichen Werte einzunehmen.

Absolute Sicherheit ist eine Illusion – so schweres fällt, das angesichts der Todesopfer zu akzeptieren. Das heißt selbstverständlich auch, Terroristen und andere Straftäter zu verfolgen und nach den Maßstäben des Rechts angemessen zu bestrafen.

Es heißt nicht, solche Ereignisse gegen Bevölkerungsgruppen und gegen die Grundrechte politisch zu instrumentalisieren – und die Reaktion darauf erst zu dem eigentlichen „Angriff auf unsere Freiheit“ zu machen.

Mit Fliffigen Grüßen

Stefan Hügel



Stefan Hügel

Betrifft: Cyberpeace Bedrohungen

*Diesmal funktioniert alles.
(Spliff, „Computer sind doof“, 1982)*



Wir leben heute unter vielfältigen Bedrohungen. Gerade haben uns die Anschläge in Brüssel wieder die Verwundbarkeit unserer hochintegrierten und -technisierten Zivilisation vor Augen geführt. Man kann den Terrorismus dieser Anschläge als Angriff auf Europa und unsere Gesellschaft begreifen. Man kann ihn aber auch als Reaktion auffassen – auf die Bedrohung, die unsere westlichen Gesellschaften ihrerseits für die Gesellschaften des Nahen Ostens darstellen: Durch konventionelle militärische Angriffe und durch Cyberwarfare, wie Drohnenangriffe und Angriffe auf Industrieanlagen. Wir führen einen unerklärten, neuen Krieg in diesen Staaten – wer diesen Krieg angefangen hat, hängt wie so häufig vom Standpunkt ab.

Allgegenwärtige Bedrohung – das war das Umfeld, in dem das Fiff 1984 gegründet wurde. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, ständig unter dem Damokles Schwert der Bedrohung der Menschheit, mindestens aber der westlichen Welt zu leben. Ständiger Fluglärm durch die Bedrohung jeden Tag plastisch erfahrbar gab es mehrere Vorfälle, bei denen es nur der Besonnenheit einzelner Menschen im letzten Moment zu verdanken war, dass es damals nicht zum Äußersten kam.

**erschienen in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de**

struktur durch Maßnahmen der Ausspähung und Überwachung, Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteure und rechtsstaatlich als unschuldig angesteuert oder autonom –, Bedrohungen militärisch oder zivil – durch Schädigung der Demokratie durch Information Manipulation der Öffentlichkeit – auch unbeabsichtigt – durch Medien und nachrichtendienstliche Mittel.

Verstärkt wurde die Bedrohung durch das SDI-Programm, im Volksmund auch *Star Wars* genannt, des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan. Experten der Informatik, die sich kurze Zeit später im Fiff zusammenfinden sollten, wussten: Was uns hier als Mittel gegen die atomare Bedrohung verkauft werden sollte, verstärkte diese zusätzlich, indem man Maschinen – damals noch weniger zuverlässig als heute – mit der Entscheidung betrauen wollte, das atomare Feuer bei einem Angriff des *Gegners* auszulösen. Der *Unsicherheitsfaktor* Mensch, der zuvor noch das Schlimmste verhindert hatte, konnte *endlich* ausgeschaltet werden. Der Versuch, diesen automatisierten Atomtod, oder *Atomkrieg aus Versehen*, verfassungsrechtlich anzugreifen, scheiterte bekanntermaßen.

Die Gefahr der weltweiten atomaren Vernichtung scheint (vorläufig) gebannt. Die Bedrohungen durch Cyberwarfare sind heute real, erscheinen aber abstrakt und sind für viele unsichtbar – lediglich wenn Cyberkriminelle eine große Zahl von Computern mit Schadsoftware infizieren, wie es derzeit mit der Ransomware *Locky* geschieht, wird uns die Bedrohung bewusst. Auch hier wurden lebenswichtige Einrichtungen – Krankenhäuser – geschädigt. Wenn es sich hier auch um Kriminelle handelt und nicht um Militärbehörden: Die Methoden sind die gleichen und sie richten die gleiche Art von Schaden an.

Bedrohungen durch Cyberwarfare lassen sich unter vier Kategorien fassen: Bedrohung der Grundrechte und der Sicherheit unserer Infra-

Überwachung

Cyberwarfare beginnt mit der Überwachung der Zivilgesellschaft – diese Ausspähung der Menschen verletzt ihre Privatsphäre und damit die Menschenwürde als ein elementares Menschenrecht. Doch der Schaden, den die Überwachungsmaßnahmen anrichten, ist größer: Voraussetzung für die Überwachung ist die Manipulation von IT-Systemen und die Geheimhaltung oder sogar der absichtsvolle Einbau von Schwachstellen. Die Folge sind unzuverlässige und unsichere Computer- und Kommunikationssysteme wie Internet oder Mobilfunknetze, von deren reibungslosem Funktionieren gleichzeitig weite Teile unserer Gesellschaft abhängig sind. Durch die Ausrüstung für die Cyberwarfare wird auch in Friedenszeiten die Sicherheit der zivilen IT-Infrastruktur ausgehöhlt und untergraben.

Drohnenangriffe

Ausspähung und Computermanipulationen bereiten konventionelle militärische Operationen vor, beispielsweise rechtswidrige Drohnenangriffe durch die Ortung von Zielpersonen, und sie sind damit die Grundlage aggressiver (kriegerischer) Operationen. „*We kill people based on Metadata*“, diese Aussage des ehemaligen Direktors von CIA und NSA, General Michael Hayden, macht den Zusammenhang zwischen nachrichtendienstlicher Ausspähung und extralegalen Tötungen klar. Drohnenangriffe for-